

NIEDERSCHRIFT

Niederschrift Nr. 5

Kreistag

am 21.12.2010

Freiherr-vom-Stein-Saal

Beginn 15:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Michael Makiolla (ohne)
Heike Brossat (SPD)
Christel Ciecior (SPD)
Brigitte Cziehso (SPD)
Martina Eickhoff (SPD)
Bernd Engelhardt (SPD)
Hartmut Ganzke (SPD)
Jens Hebebrand (SPD)
Christine Hölling (SPD)
Claudia Isenberg (SPD)
Carsten Jaksch-Nink (SPD)
Wolfgang Kerak (SPD)
Jürgen Kerl (SPD)
Dirk Kolar (SPD)
Ingrid Kroll (SPD)
Sascha Kudella (SPD)
Ursula Lindstedt (SPD)
Dieter Mendrina (SPD)

Gerd Oldenburg (SPD)
Hans-Jörg Piasecki (SPD)
Theodor Rieke (SPD)
Bärbel Schmidt (SPD)
Heinz Steffen (SPD)
Simone Symma (SPD)
Walter Teumert (SPD)
Peter Vaerst (SPD)
Brunhilde Weinhold (SPD)
Rüdiger Weiß (SPD)
Manuela Werbinsky (SPD)
Martin Wiggermann (SPD)
Herbert Ziegenbein (SPD)
Wolfgang Barrenbrügge (CDU)
Michael Blandowski (CDU)
Günter Bremerich (CDU)
Marlies Deppe (CDU)
Michael Dobrowolski (CDU)
Peter Dörner (CDU)
Wilfried Feldmann (CDU)
Claudia Gebhard (CDU)
Ute Gössing (CDU)
Hubert Hüppe (CDU)
Wilhelm Jasperneite (CDU)
Paul-Heinz Kranemann (CDU)
Helmut Krause (CDU)
Gerhard Meyer (CDU)
Elke Middendorf (CDU)
Carl Schulz-Gahmen (CDU)
Martina Plath (CDU)
Ursula Sopora (CDU)
Hubert Zumbusch (CDU)
Hans-Ulrich Bangert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gudrun Bürhaus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Herbert Goldmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Andrea Hosang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Jochen Nadolski-Voigt (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Anke Schneider (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Barbara Streich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Gabriele Wentzek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) anwesend ab 15.55 Uhr
 Gero-Heinrich Bangerter (FDP)
 Michael Klostermann (FDP)
 Heike Schaumann (FDP)
 Sigurd Senkel (FDP)
 Wolfgang Schilken (FDP)
 Jana Müller-Simdorn (DIE LINKE.)
 Dieter Reichwald (DIE LINKE.)
 Werner Sell (DIE LINKE.)
 Dieter Albert (FWG)
 Helmut Stalz (FWG)
 Helmut Rosenkranz (GFL)
 Dr. Matthias Laarmann (GFL)

Für die Verwaltung

Herr Kreisdirektor Stratmann
 SPD-Kreistagfraktion
 Herr Dr. Timpe, Dez. II
 CDU-Kreistagfraktion
 Herr Sparbrod, Dez. III
 Kreistagfraktion
 Herr Hahn, Dez. IV
 Kreistagfraktion
 Frau Leiße, L KfP
 Frau Bierwolf-Siegrist, Schriftführerin
 Kreistagfraktion

Verwaltung

Medien

und Zuhörerinnen

Gäste und Zuhörer/innen

Herr Erdmann, Geschäftsführer der
 Frau Zemke, Geschäftsstelle der
 Herr Pufke, Geschäftsstelle der CDU-
 Frau Schmidt, Geschäftsführerin der
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-

weitere Angehörige der

Vertreter/innen der

interessierte Zuhörer

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die frist- und formgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Sodann weist er darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 17 neuer Tagesordnungspunkt 9 wird und sich die weiteren Tagesordnungs-

punkte entsprechend verschieben. Da es keine Mitteilungen der Verwaltung und auf Nachfrage keine Anfragen im nicht öffentlichen Teil der Sitzung gibt, wird der Tagesordnungspunkt 19 von der Tagesordnung genommen. Weitere Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner

Punkt 2

Haushalt 2011

Punkt 2.1

168/10

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2011

Punkt 2.2

169-1/10

Erlass der Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2011
-Änderungen gegenüber dem Verwaltungsentwurf-

Punkt 3

179/10

Öffentlicher Dienstleistungsauftrag (ÖDLA) zwischen dem Kreis Unna und der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH

Punkt 4

205/10

Änderung der Gesellschaftsverträge der Verkehrsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (VKU) und der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH (WVG) im Rahmen der geplanten Direktvergabe von Verkehrsleistungen
- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -

Punkt 5

207/10

Umsetzung AG SGB II NRW (Wohngeldentlastung) und
GFG Nachtragshaushalt des Landes NRW 2010

Punkt 6

201/10

Beteiligungsbericht 2010

Punkt 7

178-1/10

FahrradBus – Rückblick 2010 – Fortsetzung 2011

Punkt 8

210/10

Festschreibung des Trägerzuschusses an die Neue Philharmonie Westfalen bis 2020
- Antrag der CDU-Kreistagfraktion vom 08.12.2010 -

Punkt 9

209/10

Ersatzwahlen

Punkt 10

189/10

Neuorganisation SGB II

- Bestellung der Mitglieder in der Trägerversammlung
- Politische Begleitung der Arbeit der Trägerversammlung und des Jobcenters

Punkt 11

126-1/10

Fortführung der Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet

Punkt 12

190/10

Modellprojekt „Bürgerarbeit“;

Kofinanzierung durch den Kreis Unna

Punkt 13

196/10

Verlängerung der Vereinbarung zur Durchführung der Frühförderung

Punkt 14

132-1/10

Fortschreibung des Kinder- und Jugendförderplans 2011 – 2014 für Bönen, Fröndenberg und Holzwickede

Punkt 15

186/10

Übernahme einer Ausfallbürgschaft für die Mitgliedschaft der gemeinnützigen Gesellschaft für Suchthilfe im Kreis Unna mbH bei der Kommunalen Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe (zkw) in Münster

Punkt 16

140/10

Anpassung des Gesellschaftsvertrags der Abfallvermeidungsagentur GmbH (AVA)

Punkt 17

204/10

Resolution zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts

Punkt 18

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen bzw. Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2

Haushalt 2011

Erörterung

Zum Haushalt 2011 tragen Frau Cziehso für die SPD-Fraktion, Herr Jasperneite für die CDU-Fraktion, Herr Goldmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Senkel für die FDP-Fraktion, Herr Sell für die Fraktion DIE LINKE., Herr Stalz für die FWG-Gruppe und Herr Dr. Laarmann für die GFL-Gruppe vor. Die Haushaltsreden sind der Niederschrift als Anlagen 1 bis 7 beigefügt.

Im Anschluss wird die Sitzung für 10 Minuten unterbrochen.

Für das weitere Verfahren wird vereinbart, nach der allen Mitgliedern des Kreistages vorliegenden Liste der Anträge zum Haushalt vorzugehen. Die Liste ist der Niederschrift als Anlage 8 beigefügt.

Punkt 2.1

168/10

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2011

Beschluss

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2011 wird in der beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 2.2

169-1/10

Erlass der Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2011

-Änderungen gegenüber dem Verwaltungsentwurf-

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass in die der Sitzungsvorlage DRSNr. 169-1/10 beigefügten Änderungsliste bereits die Konsolidierungsvorschläge aufgenommen worden seien, über die in der letzten Sitzung der Finanzstrukturkommission Konsens erzielt worden sei. Über die darüber hinaus vorliegenden Anträge werde nunmehr beraten.

Allgemeine Anträge

Senkung des Endpreises für das kreisweite Sozialticket auf 20 €; Aufgabe des Stadttickets (Preisstufe A)

Es lägen zwei Anträge zu diesem Themenkomplex vor, so der Landrat. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. sei der weitergehende, so dass über diesen zuerst abzustimmen sei.

Herr Sell erklärt, dass es eine Vereinbarung zwischen beiden Fraktionen gebe, beide Anträge zu einem zusammen zu fassen. Maßgeblich sei der von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellte Antrag.

Beschluss

1. Der Preis für das kreisweite Sozialticket wird an die Mobilitäts-Pauschale im Arbeitslosengeld II angepasst und darum auf 20,-- € gesenkt. Gleichzeitig wird die Preisstufe A („Stadtticket“) in das kreisweite Sozialticket überführt.
2. Die ab 2011 ggf. bereitgestellte Mittel zur Förderung des Sozialtickets NRW werden beantragt.
3. Die hieraus zu erwartenden zusätzlichen Erlöse werden zur Verlustabdeckung eingesetzt.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (15 Ja-Stimmen von den Fraktionen/Gruppen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE., FWG, GFL, 55 Nein-Stimmen von Landrat und den Fraktionen SPD, CDU und FDP)

Bereitstellung ausreichender Mittel für die Beibehaltung des Angebots des Kinderschutzbundes „Präventionsfachkraft“

Herr Goldmann erläutert den Antrag. Es handele sich bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe nicht um eine freiwillige sondern um eine Pflichtaufgabe, die ansonsten durch die Kreisverwaltung zu erbringen sei. Daher solle hierfür eine jährliche feste Finanzierung in den Haushalt eingestellt und nicht die Abhängigkeit von möglichen Sponsoren fortgeführt werden. Aufgrund der finanziellen Gesamtsituation des Kinderschutzbundes sei es diesem nicht möglich, die Kosten aus eigenen Mitteln aufzufangen.

Frau Cziehso teilt mit, dass ihrer Fraktion eine Aussage des Kinderschutzbundes vorliege, nach der die Präventionsfachkraft ausfinanziert sei und daher in 2011 keine weiteren Mittel benötigt würden. Sie habe in ihrer Haushaltsrede darauf hingewiesen, wie wichtig die geleistete Präventionsarbeit sei und dass für die Zukunft darüber nachzudenken sei, wie die Finanzierung auf Dauer gesichert werden könne. Für den Haushalt 2011 bestünde dieser Bedarf jedoch nicht.

Beschluss

Für die dringend fortzuführende Arbeit der Präventionsfachkraft des Kinderschutzbundes sind 25.000,-- € zusätzlich im Haushalt 2011 bereit zu stellen. (Teilergebnisplan 51.01.02)

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (34 Ja-Stimmen von den Fraktionen/Gruppen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE., FWG, GFL, 36 Nein-Stimmen von Landrat und den Fraktionen SPD und FDP)

Bereitstellung von 60.000,-- € für den Einbau eines behindertengerechten Aufzugs in das Gästehaus der „Ökostation“

Im Hinblick auf die zum Thema „Inklusion“ in der Sitzung des Kreistages am 28. September 2010 getroffenen Aussagen der Fraktionen und Gruppen müsse eine Zustimmung zu diesem Antrag selbstverständlich sein, so Herr Goldmann.

Lt. Herrn Teumert sei die SPD-Fraktion natürlich für den Einbau eines behindertengerechten Aufzugs in das Gästehaus. Allerdings wolle sie dem Landrat die Gelegenheit geben, für die entstehenden Kosten eine Drittfinanzierung zu prüfen. Das Gästehaus sei so konstruiert, dass jederzeit der Einbau möglich sei. Daher schlage er vor, die Entscheidung über diesen Antrag in das nächste Jahr zu schieben.

Herr Jasperneite teilt mit, dass die CDU-Fraktion vor dem Hintergrund, dass nach wie vor ein Betreibermodell fehle, sie zudem von einem behindertengerechten Ausbau ausgegangen seien und bereits in der Vergangenheit deutlich gemacht hätten, dass sie das Gästehaus als nicht notwendig erachteten, diesem Antrag nicht zustimmen. Zudem liefen weitere Ausgaben den Konsolidierungsbestrebungen entgegen. Sollte der Betrieb aber dauerhaft aufgenommen werden, müsse zu diesem Zeitpunkt auch die obere Etage des Gästehauses behindertengerecht ausgestattet sein.

Beschluss

Das Gästehaus der Ökostation wird im Rahmen der Zielsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention für die Nutzung und den Betrieb für und durch gehbehinderte Menschen mit einem behindertengerechten Fahrstuhl ausgestattet.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (14 Ja-Stimmen von den Fraktionen/Gruppen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE., FWG, GFL, 56 Nein-Stimmen von Landrat und den Fraktionen SPD, CDU, FDP und DIE LINKE.)

Bereitstellung ausreichender Mittel zur Beseitigung der Altlast Massen 3/4

Lt. Herrn Goldmann bestünde unstrittig eine Verpflichtung des Kreises Unna zur Beseitigung der Altlast Massen 3/4. Die Haushaltsgrundsätze der Klarheit und Wahrheit geböten daher, die notwendigen Beträge in den Haushalt 2011 einzustellen. Dies auch vor dem Hintergrund der Beantragung von Fördermitteln beim Altlastenverband NRW, da ansonsten Förderfähigkeit nicht vorliege. Die beantragten 150 T€ stellten nur den Teilbetrag der Gesamtkosten dar, der voraussichtlich im kommenden Jahr anfallen werde.

Die letzte Sitzung des Natur- und Umweltausschusses habe gezeigt, dass die Notwendigkeit der Sanierung von allen Beteiligten gesehen werde, so Herr Teumert. Es sei in dieser Sitzung aber auch über einen konkreten Sanierungs- und Zeitplan gesprochen worden, nach dem frühestens im letzten Quartal 2011 Gelder benötigt würden. Bisher könne nicht abgeschätzt werden, welche Kosten tatsächlich entstünden. Unter diesen Umständen halte er es zum jetzigen Zeitpunkt auch im Hinblick auf die damit notwendig werdende Erhöhung der Kreisumlage nicht für sinnvoll, Gelder bereit zu stellen. Dies sei durchaus noch im kommenden Jahr möglich, wenn der tatsächliche Bedarf feststehe.

Beschluss

Für die dringend erforderliche Sanierung der Altlastenfläche am Standort der ehemaligen Kokerei „Massen 3/4“ sind zur Anfinanzierung 150.000 € im Haushalt 2011 bereit zu stellen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (14 Ja-Stimmen von den Fraktionen/Gruppen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE., FWG, GFL, 56 Nein-Stimmen von Landrat und den Fraktionen/Gruppen SPD, CDU, FDP und GFL)

Anträge zu den Konsolidierungsvorschlägen der externen Berater

Antrag Nr. 1 (s. Liste)

Herr Sell teilt mit, dass die Fraktion DIE LINKE. aufgrund des mit diesem Antrag verbundenen Stellenabbaus von 3,3 Stellen nicht zustimmen werde.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (67 Ja-Stimmen von Landrat und den Fraktionen/Gruppen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, FWG, GFL, 3 Nein-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.)

Antrag Nr. 2 (s. Liste)

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (62 Ja-Stimmen von Landrat und den Fraktionen/Gruppen SPD, CDU, DIE LINKE., FDP, FWG, GFL, 8 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Antrag Nr. 4 (s. Liste)

Lt. Herrn Sell gelte die unter Antrag Nr. 1 gemachte Aussage auch für diesen Antrag.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (67 Ja-Stimmen von Landrat und den Fraktionen/Gruppen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, FWG, GFL, 3 Nein-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.)

Antrag Nr. 5 (s. Liste)

Frau Wentzek führt aus, dass mit dem Wegfall der Koordinierungsstelle Frau und Beruf eine Schwächung der Infrastruktur verbunden sei und dies mehr Frauen in den Leistungsbezug nach dem SGB II bringe. Ihre Fraktion halte dies für unsinnig.

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass es hier um eine Umfinanzierung gehe und nicht um den Wegfall der Koordinierungsstelle. Der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna sei es gelungen, eine Finanzierung im Rahmen eines Modellprojektes zu sichern. Erst nach Ablauf dieses Projektes seien Überlegungen über die weitere Förderung notwendig.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (57 Ja-Stimmen von Landrat, den Fraktionen SPD, CDU, FDP
und FWG-Gruppe, 10 Nein-Stimmen der Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und DIE LINKE., 3 Enthaltungen der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und GFL-Gruppe)

Antrag Nr. 6 (s. Liste)

Der Waldschadensbericht des Landes NRW läge vor, zudem sei der Kreis Unna die waldärmste Region NRWs, so Herr Goldmann. Eine weitere Kürzung der Mittel erschlosse sich ihm nicht.

Der Klimaschutz sei lt. Herrn Teumert durch die Kürzung nicht substantiell betroffen, vielmehr werde im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und geringfügig im Bereich der betrieblichen Umweltberatung eingespart.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (57 Ja-Stimmen von Landrat, den Fraktionen SPD, CDU, FDP
und FWG-Gruppe, 13 Nein-Stimmen der Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und DIE LINKE. sowie der GFL-Gruppe)

Antrag Nr. 7 (s. Liste)

Die demografische Entwicklung sei hinreichend bekannt, so Herr Stalz. Zudem habe er beim Besuch der letzten Kreissenorenkonferenz festgestellt, wie groß das Engagement und die Nachfrage bei diesem Thema sei. Daher lehne die FWG-Gruppe eine Kürzung der Mittel ab. Dies sei das falsche Signal für die ehrenamtlich Tätigen.

Herr Sell weist auf die seiner Meinung nach durch die Kürzung entstehenden Folgen hin und unterstützt die

Aussagen von Herrn Stalz. Es sei nicht zu vertreten, dass die Kreissenorenkonferenz nur noch alle drei Jahre stattfinde, bei der Sozialplanung Einschnitte notwendig würden oder aus Kostengründen auf Referenten verzichtet werden müsse.

Herr Landrat Makiolla macht deutlich, dass es bei dieser Maßnahme um die Bündelung von Ressourcen und nicht die Einstellung z.B. der Kreissenorenkonferenz gehe. Die eigentliche Arbeit der einzelnen Bereiche sei nicht betroffen.

Sie sei seit Jahren Mitglied des Bündnisses für Familie, so Frau Streich. Im Hinblick auf das wichtige Thema Familie sollte es zu keinen Einschränkungen in der Arbeit kommen. Die Lenkungsgruppe des Bündnisses habe sie beauftragt, dieses Anliegen deutlich zu machen. Es gebe die Forderung des Landrates zum Ausbau der Aktivitäten in diesem Bereich . Dies sei bei Kürzung der Mittel nicht mehr leistbar.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (55 Ja-Stimmen von Landrat, den Fraktionen SPD, CDU und FDP, 15 Nein-Stimmen von den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. sowie FWG- und GFL-Gruppe)

Antrag Nr. 8.1 (s. Liste)

Lt. Herrn Stalz habe das Thema Integration in der letzten Zeit zunehmend an Stellenwert gewonnen. Auf die überwiegend ehrenamtlich geleistete Arbeit in diesem Bereich könne nicht verzichtet werden, insbesondere im Hinblick auf die drohenden sozialen Folgen. Der externe Berater habe bei Umsetzung dieses Vorschlags auf eintretende Qualitätsverluste hingewiesen.

Die GFL-Gruppe sei ebenfalls gegen eine Kürzung der Mittel, so Herr Dr. Laarmann. Es handele sich um ein wichtiges Aufgabenfeld. Allerdings erachte er eine andere Herangehensweise als notwendig, für die die Gelder in der bisherigen Höhe zur Verfügung gestellt werden müssten.

Auch hier gelte das bereits zum vorherigen Antrag zur Bündelung von Ressourcen Gesagte, so der Landrat.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (55 Ja-Stimmen von Landrat, den Fraktionen SPD, CDU und FDP, 15 Nein-Stimmen von den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. sowie FWG- und GFL-Gruppe)

Antrag Nr. 8..2 (s. Liste)

Herr Stalz führt aus, dass gerade im Bereich des schnelllebigen Internets und vor dem Hintergrund der Präsentation des Kreises Unna in der Öffentlichkeit Fortbildungen dringend notwendig seien. Die FWG-

Gruppe lehne daher diesen Antrag ab.

Herr Landrat Makiolla unterstützt diese Aussage.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (54 Ja-Stimmen von den Fraktionen SPD, CDU und FDP, 16 Nein-Stimmen von Landrat, den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. sowie FWG- und GFL-Gruppe)

Antrag Nr. 9 (s. Liste)

Nach Aussage der Geschäftsführung der Frühförderstelle würde lt. Herrn Stalz die Kürzung des Zuschusses zu erhöhten Schwellenängsten führen und die Qualität der Arbeit sowie die Netzwerkkontakte leiden. Der bestehende Vertrag liefere erst Mitte 2011 aus, so dass er die Verschiebung der Beratung in die erste Sitzung des Fachausschusses im kommenden Jahr beantrage.

Die CDU-Fraktion habe zu diesem Antrag noch Gesprächs- und Beratungsbedarf, so Herr Jasperneite. Daher schließe er sich dem Vorschlag zur Verschiebung der Beratung an.

Herr Ganzke weist darauf hin, dass es keinerlei Kritik an der Arbeit der Frühförderstelle gebe. Diese solle in der bisherigen Form weiter geführt werden. Allerdings sei in Frage zu stellen, ob eine Institution, die Aufgaben für den Kreis erfüllt, diese Tätigkeit selbst überprüft. Es sei Intention des Antrages, die Prüftätigkeit auf die Ebene der Kreisverwaltung zu verlagern. Es spräche aber aufgrund der Laufzeit des Vertrages nichts gegen eine Verschiebung der Beratung.

Es bleibe lt. Frau Wentzek die fachliche Diskussion abzuwarten, bevor bereits ein Einsparvolumen festgeschrieben würde.

Herr Senkel stimmt als einer der Antragsteller der Verschiebung ebenfalls zu.

Aufgrund des Wunsches nach Verschiebung der Beratung erfolge keine Abstimmung, so der Landrat.

Anträge Nr. 10a und 10b (s. Liste)

Alle Parteien seien nach Aussage von Herrn Sell gut ausfinanziert, daher sei eine Bezuschussung an den Ring politischer Jugend für die Fraktion DIE LINKE. unverständlich.

Es handele sich hier um Gelder, die für parteiübergreifende Maßnahmen der politischen Bildung im Jugendbereich eingesetzt würden, so Herr Jasperneite. Dies halte er für unbedingt notwendig. Wie der Antrag Nr. 10b zeige, seien die Jugendverbände durchaus bereit, mit einer moderaten Kürzung zur Konsolidierung beizutragen.

Antrag Nr. 10a

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt
Landrat, den

(3 Ja-Stimmen der Fraktion DIE LINKE., 67 Nein-Stimmen von

Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und FDP sowie der

FWG- und der GFL-Gruppe)

Antrag Nr. 10b

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt
GFL-Gruppe,

(67 Ja-Stimmen von Landrat, den Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der FWG- und der
3 Nein-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.)

Anträge Nr. 11a und 11b (s. Liste)

Herr Stalz verweist auf die im Gutachten des externen Beraters gemachten Aussagen zu den Folgen der Kürzungen bei der Patientenberatung. Aus den dort genannten Gründen stimme die FWG-Gruppe keinem der beiden Anträge zu.

Antrag Nr. 11a

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt
Landrat, den

(19 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion , 51 Nein-Stimmen von

Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP

und DIE LINKE. sowie

der FWG- und der GFL-Gruppe)

Antrag Nr. 11b

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt
5 Nein-Stimmen der

(65 Ja-Stimmen von Landrat, den Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der GFL-Gruppe,
Fraktion DIE LINKE. und der FWG-Gruppe)

Anträge Nr. 12a und 12b (s. Liste)

Der externe Berater prognostiziere keine Folgen bei der Streichung des Zuschusses an die Kreisjägerschaft, so Herr Stalz. Dies habe zur vorliegenden Beantragung (Antrag Nr. 10a) geführt.

Frau Cziehso erläutert, dass die Kreisjägerschaft ein ehrenamtliches umweltpädagogisches Angebot vorhalte, das sehr geschätzt würde. Dies solle weiterhin gefördert werden.

Herr Sell empfiehlt, dieses Geld zur Waldschule Cappenberg zu verlagern.

Lt. Herrn Senkel gehe es darum, eine projektbezogene Förderung für ein bereits vorhandenes Angebot zu erhalten.

Antrag Nr. 12a

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (15 Ja-Stimmen von den Fraktionen/Gruppen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Landrat und den Fraktionen
DIE LINKE., FWG, GFL, 55 Nein-Stimmen von
SPD, CDU und FDP)

Antrag Nr. 12b

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (55 Ja-Stimmen von Landrat und den Fraktionen SPD, CDU und FDP,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
15 Nein-Stimmen von den Fraktionen/Gruppen
DIE LINKE., FWG, GFL)

Anträge Nr. 13a und 13b (s. Liste)

Wer Interesse an einer Kreisrundfahrt habe, sei auch bereit einen höheren Beitrag zu leisten, so Herr Stalz. Der Mehraufwand liege bei einer Teilnahme von 40 Personen bei ca. 4 Euro.

Antrag Nr. 13a

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (15 Ja-Stimmen von den Fraktionen/Gruppen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Landrat und den Fraktionen
DIE LINKE., FWG, GFL, 55 Nein-Stimmen von
SPD, CDU und FDP)

Antrag Nr. 13b

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (55 Ja-Stimmen von Landrat und den Fraktionen SPD, CDU und FDP,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
15 Nein-Stimmen von den Fraktionen/Gruppen
DIE LINKE., FWG, GFL)

Antrag Nr. 14 (s. Liste)

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

(3 Enthaltungen der Fraktion DIE LINKE.)

Antrag Nr. 15 (s. Liste)

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

(3 Enthaltungen der Fraktion DIE LINKE.)

Antrag Nr. 16 (s. Liste)

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Antrag Nr. 17 (s. Liste)

Lt. Herrn Jasperneite bezwecke der Antrag der CDU-Fraktion eine Optimierung der Abläufe im Bistro. Dazu solle ein entsprechendes Konzept, möglicherweise auch mit externer Begleitung, erstellt werden.

Frau Cziehso weist auf die zweimalige Überprüfung des Bistros hin. Zuletzt sei dies im Rahmen des Konsolidierungspaketes durch Dr. Heinz erfolgt. Dies habe zu einer Einsparsumme von 7.000 Euro geführt, die in die Veränderungsliste für den Haushalt 2011 eingeflossen seien. Sie schlage vor, die Beratung in das nächste Jahr zu verschieben. Bis dahin könne in Gesprächen festgestellt werden, ob ein weiteres Einsparpotential gesehen werde und für diesen Fall eine interne oder externe Begleitung notwendig sei.

Dem Antrag, die Beratung zu verschieben, wird einvernehmlich entsprochen.

Antrag Nr. 18 (s. Liste)

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt

(58 Ja-Stimmen von den Fraktionen/Gruppen SPD, CDU und FDP, FWG,

GFL, 8 Nein-Stimmen von der Fraktion BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN,

4 Enthaltungen von Landrat und der Fraktion DIE

LINKE.)

Antrag Nr. 19 (s. Liste)

Das Kulturbudget mache 0,7 Prozent des Gesamthaushaltes aus, so Herr Engelhardt. Dies müsse man sich bei den Diskussionen vor Augen führen. Das Westfälische Literaturbüro sei ein über 25 Jahre gewachsenes

funktionstüchtiges Geflecht, das kulturelle Großprojekte mit hoher Wirksamkeit im Kreis Unna auf den Weg gebracht habe. So sei mit dem Krimifestival „Mord am Hellweg“ deutschlandweite Aufmerksamkeit und ein Zulauf von Besuchern weit über das Kreisgebiet hinaus erreicht worden. Das Westfälische Literaturbüro habe durch seine Aktivitäten Gelder im Umfang von 500 T€ aquirieren können. Sollte diesem Antrag entsprochen werden, sei ein Dominoeffekt dahin gehend zu befürchten, dass auch andere Zuschussgeber wie z.B. das Land NRW Kürzungen vornähmen und der Erhalt gefährdet wäre.

Frau Schneider erklärt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass diesem Antrag nicht zugestimmt werde. Eine weitere Kürzung im Kulturbereich sei nicht vertretbar.

Lt. Herrn Jasperneite sei Intention dieses Antrages, eine Gleichbehandlung mit anderen Kulturträgern, die eine Zuschussverringerung hinzunehmen hätten, zu erreichen. Auch wenn es keine Zustimmung gebe, bestünde zumindest die Möglichkeit, eine erneute Diskussion anzustoßen.

Der Landrat betont, dass in Übereinstimmung mit dem externen Berater dieser Zuschuss nicht in die Diskussion gebracht worden sei. Hierzu könne bei Bedarf in einer Sitzung des Fachausschusses eine Erläuterung gegeben werden.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt
Landrat, den

(19 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion , 51 Nein-Stimmen von

und DIE LINKE. sowie

Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP
der FWG- und der GFL-Gruppe)

Antrag Nr. 20 (s. Liste)

Herr Senkel erläutert kurz den Antrag. Insbesondere sei wichtig, dass es sich um einen kostenfreien Moderationsprozess handeln werde, der dazu beitragen solle, die sich an einigen Punkten als schwierig gestaltende interkommunale Zusammenarbeit weiter voran zu treiben.

Lt. Herrn Goldmann müsse dies auch bei gemeinsamem politischen und verwaltungsübergreifenden Willen ohne externe Moderation zu erreichen sein. Hier gelte es, Überzeugungsarbeit dahin gehend zu leisten, dass Parallelstrukturen aufgegeben bzw. Synergien genutzt würden.

Frau Cziehso weist darauf hin, dass sich der Antrag in zwei Schritte aufgliedere. Im ersten Schritt müsse Einvernehmen mit den Bürgermeistern aus dem Kreisgebiet erzielt werden. Dies sei nicht unbedingt ein einfacher Prozess. Im zweiten Schritt werde parteiübergreifend nach der für diesen Prozess richtigen Person gesucht. Diese Chance sollte genutzt werden. Es gebe interessante Bereiche, die sich für die interkommunale Zusammenarbeit anböten und zur Zeit noch nicht im Gespräch seien. Eine externe Moderation stelle sich durchaus als hilfreich dar.

Unter der Voraussetzung, dass es sich hier um einen kostenneutralen Prozess handele, könne lt. Herrn Jasperneite die CDU-Fraktion dem Antrag zustimmen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (59 Ja-Stimmen von Landrat, den Fraktionen/Gruppen SPD, CDU, FDP, FWG, GFL, 11 Nein-Stimmen von den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE.)

Anträge Nr. 21 – 24 (s. Liste)

Vor Eintritt in die Beratung der Anträge der FWG-Gruppe schlägt der Landrat vor, diese Anträge gemeinsam zu beraten und ggf. auch gemeinsam abzustimmen.

Herr Stalz erläutert zu den Anträgen, dass der Kreistag in der heutigen Sitzung viele Kürzungen in durchaus sensiblen Bereichen mit mehr als deutlich 10 Prozent beschließe. Glaubwürdig könne dies für ihn nur sein, wenn die Politik mit gutem Beispiel vorangehe. Daher hätte die FWG-Gruppe diese vier Anträge mit einem Einsparvolumen von 5 Prozent der Kosten der Politik gestellt. Zu berücksichtigen sei dabei, dass die Aufwendungen des Kreises Unna pro Kreistagmitglied mehr als doppelt so hoch seien wie der Landesdurchschnitt in NRW.

Es gebe durchaus Einsparvorschläge aus der Politik, so Frau Cziehso. Darüber sei in der letzten Sitzung des Ältestenrates beraten worden, allerdings noch nicht abschließend. Zum Teil seien mit den Vorschlägen erhebliche Organisationsveränderungen verbunden, die sich kaum in der laufenden Wahlperiode realisieren ließen. Daher solle dieser Themenkomplex erst nach Abschluss aller Beratungen behandelt werden.

Herr Goldmann weist darauf hin, dass es von Seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den vergangenen Monaten bereits Vorschläge gegeben habe, die durchaus in die gleiche Richtung gegangen seien wie die hier vorliegenden. Er sei aber auch der Meinung, dass es eher Sinn mache, den gesamten Komplex der Anträge in den nächsten Wochen und Monaten zu beraten, vor allem vor dem Hintergrund, dass es vertragliche Bindungen bis zum Ende der Wahlperiode gebe.

Herr Jasperneite geht auf die einzelnen Anträge ein:

Eine Reduzierung der Personalkostenaufwendungen (Antrag Nr. 21) sei nur möglich in Verbindung mit betriebsbedingten Kündigungen. Dies sei für die Beschäftigten der Kreisverwaltung ausgeschlossen worden und könne somit im Wege der Gleichbehandlung hier nicht erfolgen. Sollte dem zugestimmt werden, bedeute dies einen Paradigmenwechsel, der dann für alle gelten müsse.

Der Antrag Nr. 22 bedinge eine Änderung der Hauptsatzung und somit die Notwendigkeit einer 2/3 Mehrheit, die er nicht sehe.

Über die Reduzierung der Geschäftsaufwendungen (Antrag Nr. 23) habe es zwischen einzelnen Fraktionen bereits Gespräche gegeben. Ziel sei es, im kommenden Jahr einen Vorschlag vorzulegen.

Die Zusammenlegung von Ausschüssen (Antrag Nr. 24) bedeute eine Neukonstituierung und somit einen

erheblichen Aufwand. Die dadurch entstehenden Kosten seien wahrscheinlich höher als der Einspareffekt, der erreicht würde.

Aufgrund der dargestellten differenzierten Meinungen zu den einzelnen Anträgen beantrage er eine Einzelabstimmung, so Herr Stalz.

Lt. Herrn Dr. Laarmann seien solch wesentliche Eingriffe während der laufenden Wahlperiode nicht sinnvoll. Die Notwendigkeit von Veränderungen und Optimierungen im Bereich der Politikkosten sei mittlerweile deutlich angekommen. Für die nächste Wahlperiode könne davon ausgegangen werden, dass die Politik sich effektiv aufstelle. Er schließe sich daher Frau Cziehso und Herrn Jasperneite insoweit an, über diesen Themenbereich vom kommenden Jahr an zu beraten.

Auf Nachfrage des Landrates erklärt sich Herr Stalz mit der Verschiebung der Beratung der Anträge einverstanden.

Abschließende Beschlussfassung zum Haushalt 2011

Die Beratung der Anträge sei damit abgeschlossen, so der Landrat. Die Gesamtsumme der beschlossenen Maßnahmen bedeute eine weitere Einsparung von 315 T€. Der Gesamtbedarf für die allgemeine Kreisumlage betrage unter Berücksichtigung dieses Betrages 221.588.410 Euro und entspräche 50,66 Hebesatzpunkten.

Sodann erfolgt die Abstimmung über den Gesamthaushalt unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungsanträge.

Beschluss

Die Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2011 wird gegenüber dem Verwaltungsentwurf mit den sich aus den beigefügten Anlagen und den Beschlüssen über die Anträge der Fraktionen und Gruppen ergebenden Veränderungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (69 Ja-Stimmen von LR und den Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. sowie der GFL-Gruppe, 2 Nein-Stimmen der FWG-Gruppe)

Punkt 3

179/10

Öffentlicher Dienstleistungsauftrag (ÖDLA) zwischen dem Kreis Unna und der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH

Erörterung

Herr Landrat Makiolla macht in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU) einige Ausführungen zum öffentlichen Dienstleistungsauftrag. Sein Redebeitrag ist als Anlage der Niederschrift beigefügt.

Ihre Fraktion sei erfreut, dass das Verfahren zu einem erfolgreichen Abschluss gekommen sei, so Frau Cziehso. Es gelinge nur einem so gut aufgestellten öffentlichen Unternehmen wie der VKU, über den eigentlichen Busverkehr hinaus für die Nutzer besondere Angebote wie z.B. fahrtwind vorzuhalten.

Herr Bremerich weist auf den 10-jährigen, teilweise sehr kontroversen Diskussionsprozess zur Zukunft des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im Kreis Unna hin. Zu Beginn dieses Verfahrens sei ein zweistufiges Gutachten in Auftrag gegeben worden, dass aufgrund der damaligen EU-Verordnung ein anderes Vorgehen als den jetzt gewählten Weg vorgeschlagen habe. Der Gutachter habe das Risiko gesehen, dass die VKU die Wettbewerbsbedingungen nicht erfülle. Bedingt durch die erfolgte und durch die Belegschaft mitgetragene Konsolidierung der VKU habe sich diese Befürchtung nicht bewahrheitet. Die zwischenzeitliche Änderung der europäischen Richtlinien ermöglichte letztendlich die Direktvergabe. Damit bleibe der direkte Einfluss des Kreises Unna auf den ÖPNV erhalten. Auch die mittelständischen Verkehrsunternehmen im Kreisgebiet könnten in diesem Rahmen weiterhin Leistungen für die VKU erbringen und profitierten somit ebenfalls von dieser Regelung. Eine solche positive Entwicklung erhoffe er sich ebenfalls für die nächsten zehn Jahre.

Für die FDP-Fraktion sei die Direktvergabe das falsche Ergebnis des 10-jährigen Prozesses, so Herr Schilken. Sie schütze den ÖPNV und die VKU vor einer möglichen Konkurrenz und verhindere während der Laufzeit die Notwendigkeit des Erhalts der Wettbewerbsfähigkeit. In zehn Jahren sei mit hohen nicht mehr tragbaren Lasten sowohl für den Kreis als auch die Nutzerinnen und Nutzer zu rechnen. Die dann notwendigen Einschnitte träfen insbesondere die Beschäftigten der VKU, die es jetzt versäumt hätte, sich wettbewerbsfähig aufzustellen. Letztendlich müsse mit einem Verkauf gerechnet werden. Die Chance, sich heute schon am Markt zu behaupten, werde mit diesem Vertrag vertan. Die FDP-Fraktion werde daher der Vorlage nicht zustimmen.

Lt. Frau Schneider halte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den hier gewählten Weg für den richtigen für die VKU und deren Nutzerinnen und Nutzer. Der ÖPNV im Kreis Unna solle in seiner guten Ausgestaltung erhalten bleiben. Dies werde der VKU auch für die Zukunft zugetraut.

Beschluss

1. Der Landrat wird beauftragt, mit der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU) den in der Anlage beigefügten öffentlichen Dienstleistungsauftrag (ÖDLA) abzuschließen.
2. Für den Fall, dass die Direktvergabe des ÖDLA gemäß Nr. 1 dieses Beschlusses nicht vollzogen werden darf oder der ÖDLA für unwirksam erklärt wird, wird die VKU mit der Durchführung der öffentlichen Personenverkehrsdienste in entsprechender Anwendung des ÖDLA beauftragt, um eine ausreichende, unterbrechungsfreie fahrplanmäßige Verkehrsbedienung sicher zu stellen, längstens für zwei Jahre. Diese Vergabe erfolgt zur Abwehr einer Notsituation. Der Landrat wird ermächtigt und beauftragt, eine solche

Vergabe zu vollziehen. Sollte auch eine Vergabe zur Abwehr einer Notsituation nicht rechtswirksam zustande kommen, bekräftigt der Kreistag die Fortgeltung der Betrauungsregelung vom 20.04.2007.

3. Der Landrat wird beauftragt, die notwendigen Rechtsakte zum Vollzug der Nummern 1 und 2 vorzunehmen. Er wird ermächtigt, zum Vollzug von dritter Seite aufgeführte Änderungen der Anlagen vorzunehmen, wenn diese keine materiellen Änderungen beinhalten.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (65 Ja-Stimmen von Landrat und den Fraktionen/Gruppen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE., FWG, GFL, 5 Nein-Stimmen der FDP-Fraktion)

Punkt 4

205/10

Änderung der Gesellschaftsverträge der Verkehrsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (VKU) und der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH (WVG) im Rahmen der geplanten Direktvergabe von Verkehrsleistungen

- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist auf eine Änderung der Gemeindeordnung durch Beschluss des Landtages am 16. Dezember hin, nach der eine Entsendung von Arbeitnehmervertretern in Aufsichtsräte zukünftig grundsätzlich wieder möglich sei. Nichts desto trotz bedürfe der Dringlichkeitsbeschluss einer Genehmigung.

Beschluss

Folgender gemäß § 50 Abs. 3 Satz 2 Kreisordnung NRW (KrO) im Wege äußerster Dringlichkeit am 07.12.2010 von Herrn Landrat Makiolla und dem Kreistagmitglied Herrn Goldmann gefasster Beschluss wird genehmigt:

Der Landrat wird beauftragt, die als Anlage beigefügte rechtsverbindliche Erklärung gegenüber den Bezirksregierungen im Rahmen des Anzeigeverfahrens zur Restrukturierung der VKU und der Umstrukturierung der WVG abzugeben.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 5

207/10

Umsetzung AG SGB II NRW (Wohngeldentlastung) und GFG Nachtragshaushalt des Landes NRW 2010

Erörterung

Aufgrund der juristischen Auseinandersetzung um den Nachtragshaushalt des Landes NRW sei der Beschlussvorschlag unter Punkt 2 insofern geändert worden, dass die ursprünglich genannte Summe von 580 T€ heraus gestrichen worden sei, so der Landrat. Die Höhe der tatsächlich zu erwartenden Zahlung stehe derzeit noch nicht fest.

Beschluss

1. Umsetzung AG SGB II NRW (Wohngeldentlastung)

Der Landrat wird beauftragt, die überplanmäßigen Mehrerträge aus den Nachzahlungen zur Wohngeldentlastung nach dem AG SGB II unmittelbar nach Auszahlung durch das Land NRW in voller Höhe als ausserplanmäßige Aufwendungen an die kreisangehörigen Städte und Gemeinden weiterzuleiten. Die Berechnung der anteiligen Beträge erfolgt dabei nach den jeweiligen Umlagegrundlagen des GFG der Jahre 2007 bis 2010.

2. GFG Nachtragshaushalt des Landes NRW 2010

Der Landrat wird beauftragt, von den überplanmäßigen Mehrerträgen bei den Schlüsselzuweisungen aus dem Nachtrag zum GFG 2010 einen Anteil unmittelbar nach Auszahlung durch das Land NRW als ausserplanmäßige Aufwendungen an die kreisangehörigen Städte und Gemeinden weiterzuleiten. Die Berechnung der anteiligen Beträge erfolgt dabei nach den Umlagegrundlagen des Jahres 2010.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 6

201/10

Beteiligungsbericht 2010

Der Beteiligungsbericht 2010 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 7

178-1/10

FahrradBus – Rückblick 2010 – Fortsetzung 2011

Erörterung

Zu Beginn der Beratungen stellt der Landrat dar, dass die in der Sitzungsvorlage genannten finanziellen Aufwendungen von 65 T€ nicht aus dem Haushalt des Kreises Unna sondern aus der Nahverkehrspauschale getragen würden.

Die CDU-Fraktion werde lt. Herrn Jasperneite der Vorlage für das Jahr 2011 zustimmen. Aber auch wenn der

Betrag nicht aus dem Kreishaushalt getragen werde, halte er die Kosten pro transportiertem Fahrrad für zu hoch. Nur wenn zukünftig entweder mehr Fahrräder transportiert oder die Kosten gesenkt würden, könne über eine weitere Fortführung über 2011 hinaus nachgedacht und die Zustimmung seiner Fraktion erteilt werden.

Herr Hebebrand führt aus, dass der FahrradBus ein Erfolg gewesen und sehr gut angenommen worden sei. Über 90 Prozent der Befragten hätten die Einrichtung und den Service als gut empfunden und seien mit dem Angebot rundum zufrieden. Das zeige, dass der FahrradBus in 2011 und darüber hinaus beibehalten werden sollte. Dies natürlich unter der Voraussetzung, dass eine Optimierung stattfinde. So sei z.B. eine Anbindung von Schwerte oder eine Anpassung der Fahrzeiten an die Schienenverkehre denkbar.

Lt. Herrn Schilken werde die FDP-Fraktion der Fortführung zustimmen. Allerdings halte er eine Effizienzsteigerung für notwendig. Dazu sei angesichts der derzeitigen Kosten die Erhebung von Kennzahlen eine Grundvoraussetzung. Das Angebot solle vorrangig für den Fahrradtourismus und nicht unbedingt allen Nutzern des ÖPNV zur Verfügung stehen. Durch eine Verringerung der Anzahl der Haltepunkte auf diejenigen, die gut mit dem Fahrrad zu erreichen seien, könnte eine Kostensenkung erzielt werden.

Auch die FWG-Gruppe halte den FahrradBus für gut, aber ebenfalls die Ausgaben derzeit für zu hoch, so Herr Stalz. Über entsprechende Veränderungen solle im Fachausschuss beraten werden. Der Fortführung werde zugestimmt.

Frau Schneider weist darauf hin, dass mit dem FahrradBus erstmalig eine gut funktionierende Nord-Süd-Verbindung im Kreisgebiet insbesondere am Wochenende für alle ÖPNV-Nutzer geschaffen worden sei. Dies sei für sie ein wichtiger Aspekt für die Beibehaltung dieses Angebots. Zudem würde der Tourismus innerhalb des Kreisgebietes gefördert.

Das Projekt befinde sich noch in einer Erprobungsphase und müsse mithilfe aller Beteiligten auch im Hinblick auf die Kosten weiter entwickelt werden, so der Landrat. Andere Kommunen oder Kreise hätten für ein solches Angebot auch eine längere Einführungsphase benötigt, ehe ein ausgereiftes und erfolgreiches Konzept gegriffen habe. Die Entwicklungen des FahrradBusses in 2011 sollten daher abgewartet werden.

Auf einen Hinweis von Herrn Feldmann zur Anbindung von Schwerte in das Angebot, teilt er mit, dass dies bereits seitens der VKU im Rahmen der Planungen für 2011 umgesetzt werde.

Beschluss

Die Durchführung des Projektes FahrradBus im Jahre 2011 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (67 Ja-Stimmen von Landrat, den Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE., der GFL-Gruppe, 2 Nein-Stimmen der FWG-Gruppe, 1 Enthaltung der CDU-Fraktion)

Punkt 8

210/10

Festschreibung des Trägerzuschusses an die Neue Philharmonie Westfalen bis 2020

- Antrag der CDU-Kreistagfraktion vom 08.12.2010 -

Erörterung

Aufgrund der Diskussionen in der gestrigen Sitzung des Kreisausschusses und vor dem Hintergrund, dass keine Auswirkungen auf den Haushalt 2011 gegeben seien, beantragt Herr Jasperneite die Verschiebung des Antrages in die nächste Sitzung des Kreistages. Die Zeit bis dahin solle für die Vorberatungen genutzt werden. Prämisse dabei sei der Erhalt des Orchesters und des Angebots für den Kreis. Ziel müsse dabei aber sein, die Zuschussverteilung zu verändern und auf eine gesicherte Grundlage zu stellen.

Herr Landrat Makiolla macht deutlich, dass der Kreis Unna den geringsten Anteil am Gesamtzuschuss für die Neue Philharmonie Westfalen trage.

Die Beratung des Antrages wird in die Sitzung des Kreistages am 29. März 2011 verschoben.

Punkt 9

209/10

Ersatzwahlen

Beschluss

1. Herr Heinz Haggenev wird zum stellvertretenden Mitglied in den Ausschuss für Planung und Verkehr,
2. Herr Dieter Reichwald wird zum stellvertretenden Mitglied in den Kreispolizeibeirat,
3. Herr Sigurd Senkel zum stellvertretenden Mitglied in den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie und
4. Herr Martin Wiggermann zum stellvertretenden Mitglied in den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie gewählt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 10

189/10

Neuorganisation SGB II

- Bestellung der Mitglieder in der Trägerversammlung
- Politische Begleitung der Arbeit der Trägerversammlung und des Jobcenters

Erörterung

Auf Nachfrage des Landrates werden die Mitglieder des Unterausschusses benannt. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teilt mit, dass ihre Möglichkeit zur Besetzung des ordentlichen und des stellvertretenden Mitgliedes an die SPD-Fraktion weiter gegeben worden sei.

Beschluss

1. In die Trägerversammlung des Jobcenters Kreis Unna werden folgende Personen entsandt:

	Ordentliches Mitglied	Stellvertreter
1.	Landrat Michael Makiolla	Kreisdirektor Rainer Stratmann
2.	Dezernent Rüdiger Sparbrod	Dezernent Norbert Hahn
3.	Fachbereichsleiter Norbert Diekmännken	Fachdienstleiter Heinz Appel

2. Die intensive Begleitung der Arbeit des Jobcenters Kreis Unna und der Trägerversammlung wird durch die Bildung eines Unterausschusses des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Familie sichergestellt.

Der Unterausschuss wird wie folgt besetzt:

	Ordentliches Mitglied	Stellvertreter
SPD	Hartmut Ganzke	Ursula Lindstedt
	Martin Wiggermann	Christel Ciecior
CDU	Ursula Sopora	Paul-Heinz Kranemann
	Gerhard Meyer	Michael Blandowski
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN- SPD	Heike Brossat	Brunhilde Weinhold
FDP	Sigurd Senkel	Heike Schaumann
DIE LINKE.	Werner Sell	Dieter Reichwald

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 11

126-1/10

Fortführung der Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet

Beschluss

1. Die Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet wird für die Zeit vom 01.01.2011 bis zum 31.12.2012 fortgeführt.
2. Die Geltung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Zusammenarbeit in der Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet wird bis zum 31.12.2012 verlängert.
3. Die unter 1. - 2. genannten Beschlüsse gelten vorbehaltlich der weiteren Förderung der Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet in den Jahren 2011 und 2012 durch das Land Nordrhein-Westfalen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 12

190/10

Modellprojekt „Bürgerarbeit“;

Kofinanzierung durch den Kreis Unna

Erörterung

Der von der Fraktion DIE LINKE. gestellte Änderungsantrag sei in der gestrigen Sitzung des Kreis Ausschusses zurück gezogen worden, so Herr Landrat Makiolla.

Lt. Herrn Stalz begrüße die FWG-Gruppe ausdrücklich dieses Modellprojekt, da als sehr sinnvolle Maßnahme Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit finanziert würde. Die Höhe der in der Vorlage genannten finanziellen Auswirkungen entspräche allerdings nicht den tatsächlichen Gegebenheiten. Im Gegenzug zu den anfallenden Ausgaben könnten erhebliche Einsparungen bei den Kosten der Unterkunft erzielt werden, so dass im Saldo eine Ausgabenverringerung von über 250 T€ zu erreichen wäre.

Der Landrat weist darauf hin, dass nichts desto trotz im Haushalt die für das Modellprojekt anfallenden Kosten aufzuführen seien.

Beschluss

Die Durchführung des Modellprojektes „Bürgerarbeit“ durch die ARGE/das Jobcenter Kreis Unna wird begrüßt.

Als Anreiz zur Beschäftigung gewährt der Kreis Unna aus ersparten Kosten der Unterkunft für die 30-Stunden-Beschäftigungsvariante einen monatlichen Zuschuss in Höhe von 120,00 € für die gesamte Laufzeit der „Bürgerarbeit“ von maximal 36 Monaten.

Der Landrat wird beauftragt, die Einzelheiten der Bewilligung zu regeln und 1x jährlich im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie zu den Wirkungen des Projektes zu berichten.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 13

196/10

Verlängerung der Vereinbarung zur Durchführung der Frühförderung

Beschluss

Die Vereinbarung gemäß § 75 Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch – Sozialhilfe – (SGB XII) mit der gemeinnützigen Gesellschaft für Frühförderung und Frühtherapie Unna mbH zur Durchführung der

Frühförderung wird bis zum 30.06.2011 verlängert. Für die Dauer der Laufzeitverlängerung wird die pauschale Kostenabgeltung je Fördereinheit in der für das Jahr 2010 vereinbarten Höhe festgeschrieben.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 14

132-1/10

Fortschreibung des Kinder- und Jugendförderplans 2011 – 2014 für Bönen, Fröndenberg und Holzwickede

Erörterung

Herr Rieke weist darauf hin, dass erstmals das Thema Inklusion Berücksichtigung im Kinder- und Jugendförderplan gefunden habe. Dies könne nur ein erster Ansatz sein, der in den nächsten Jahren mit Fakten und Maßnahmen ausgefüllt werden müsse. Erstmalig werde außerdem die Arbeit der Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit als Unterstützung in der Prävention abgesichert.

Beschluss

Die Fortschreibung des Kinder- und Jugendförderplans 2011 – 2014 für Bönen, Fröndenberg/Ruhr und Holzwickede wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 15

186/10

Übernahme einer Ausfallbürgschaft für die Mitgliedschaft der gemeinnützigen Gesellschaft für Suchthilfe im Kreis Unna mbH bei der Kommunalen Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe (zkw) in Münster

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, sich durch Abgabe einer Verpflichtungserklärung (Übernahme einer Ausfallbürgschaft) bei der Kommunalen Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe (zkw) in Münster für den Fall der Beendigung der Mitgliedschaft der gemeinnützigen Gesellschaft für Suchthilfe im Kreis Unna mbH zur Zahlung des nach § 15 der Satzung der zkw Münster vorgesehenen Ausgleichsbetrages sowie der zu seiner Ermittlung erforderlichen Kosten an die Zusatzversorgungskasse zu verpflichten.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 16

140/10

Anpassung des Gesellschaftsvertrags der Abfallvermeidungsagentur GmbH (AVA)

Erörterung

Die Gesellschafterversammlung der Abfallvermeidungsagentur GmbH habe sich am 9. Dezember mit der Anpassung des Gesellschaftsvertrags beschäftigt und den Änderungen zugestimmt, so Herr Teumert. Sollte der Kreistag heute ebenfalls zustimmen, werde die Umsetzung erfolgen.

Beschluss

Der Kreistag stimmt den in der Anlage dargestellten Anpassungen des Gesellschaftsvertrags der AVA zu. Die Vertreter des Kreises Unna in der Gesellschafterversammlung werden ermächtigt, die erforderlichen Beschlüsse zu fassen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 17

204/10

Resolution zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts

Erörterung

Herr Bangerter erklärt für die FDP-Fraktion, dass man die Resolution unterstütze und sich damit auf die Seite der kommunalen Abfallentsorgung und auf die Seite der Gebührenzahler im Kreis Unna stelle. Insbesondere die Bürgerinnen und Bürger würden durch die gewachsenen Strukturen und einer damit zusammenhängenden Verlässlichkeit bei der Entsorgung und einer weitgehenden Gebührenstabilität profitieren.

Beschluss

Der Kreistag beschließt in Übereinstimmung mit den Positionen des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes die als Anlage beigefügte Resolution zur Zukunft der kommunalen Abfallwirtschaft in Deutschland.

Der Kreistag fordert alle örtlichen Bundestagsabgeordneten auf, sich im Gesetzgebungsverfahren im Interesse der Bürgerinnen und Bürger für eine Stärkung der kommunalen Abfallentsorgung einzusetzen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

(bei Nichtbeteiligung der CDU-Fraktion)

Punkt 18

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Ein arbeits- und ereignisreiches Jahr gehe zu Ende, so Herr Landrat Makiolla. Es sei in einem engen Zeitrahmen gelungen, ein umfangreiches Konsolidierungspaket zu beraten und den für das Jahr 2011 wirksamen Teil zu beschließen. Außerdem sei jede Gelegenheit genutzt worden, die Haushalte der kreisangehörigen Städte und Gemeinden zu entlasten. So habe im Rahmen des Nachtragshaushaltes die Kreisumlage auf unter 50 Punkte gesenkt und heute der Beschluss zur Weitergabe der Zahlungen aus dem Wohngeldentlastungsgesetz und des Nachtragshaushaltes des Landes gefasst werden können. Die Administration der SGB II-Leistungen sei im Rahmen einer sehr kontroversen aber auch sehr konstruktiven Diskussion auf neue Füße gestellt worden. Eine in seinen Augen historische Entscheidung stelle der heutige Beschluss zur Zukunft der Busverkehre im Kreis Unna dar.

Für das ehrenamtliche Engagement für die Menschen im Kreis Unna spreche er den Mitgliedern des Kreistages seinen Dank aus.

Anlagen

- Haushaltsreden der Fraktionsvorsitzenden und Gruppensprecher
- Liste der Anträge zum Haushalt
- Redebeitrag des Landrates zum Öffentlichen Dienstleistungsauftrag

Ende der Sitzung

19.15 Uhr

Makiolla

Vorsitzender

Bierwolf-Siegrist

Schriftführerin